

Geisenheimer Zeitung

General-Anzeiger für den Rheingau.

Anzeigeblatt der Stadt Geisenheim.

Verusprecher Nr. 123

Verusprecher Nr. 123.

Erscheint
wöchentlich dreimal, Dienstag, Donnerstag und Samstag.
Bezugspreis: 1 A 80 & vierteljährlich frei ins Haus
oder durch die Post; in der Expedition
abgeholt vierteljährlich 1 A 50 &.



Insertionspreis
der 6-spaltigen Zeile oder deren Raum für Geisenheim 10 &;
auswärtiger Preis 15 &. — Reklamenpreis 30 &.
Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif.
Nr. 2789a der Reichspost-Zeitungsliste.

Nr. 12

Für die Schriftleitung verantwortlich:
Arthur Jander in Geisenheim a. Rh.

Donnerstag den 31. Januar 1918.

Druck und Verlag von Arthur Jander
in Geisenheim a. Rh.

18. Jahrg.

Deutscher Tagesbericht.

WTB. Großes Hauptquartier 30. Januar (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

An verschiedenen Stellen der Front Artillerie- und Minenwerferkämpfe.

Die Infanterietätigkeit blieb auf Erkundungsgeschehnisse beschränkt.

Unsere Flieger führten erfolgreiche Angriffe auf England und die französische Nordküste durch. London und Southend sowie Dünkirchen, Graveline und Calais wurden mit Bomben beworfen.

Im Luftkampf wurden gestern 8 feindliche Flugzeuge und 2 Fesselballone abgeschossen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Der Vorstoß feindlicher Kompagnien gegen bulgarische Feldwachposten nordöstlich von Doiransee wurde abgewiesen.

Italienische Front.

Auf der Hochfläche von Asiago haben die Italiener in starken Kräften ihre Angriffe fortgesetzt. Im Gebiet des Mte. Sismol sind sie unter schweren Verlusten gescheitert. Der Mte. di Val Bella und Col del Rosso blieben nach hartem Kampf in der Hand des Feindes.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Troßki weiß nicht mehr, was...

Er räunt mit Rumänien auf.

Der „Volkskommissar“ für auswärtige Angelegenheiten, Troßki, ist nach Brest-Litowsk zurückgekehrt. Er will also weiter verhandeln; und zugleich hat er den bösesten Gegensatz zu den Westmächten riskiert, indem er den

Rumänen den Stuhl vor die Tür

setzte, und zwar in der rücksichtslosesten Form.

Nach einem Petersburger Funkpruch hat die Petersburger Regierung alle diplomatischen Beziehungen zu Rumänien abgebrochen. Die rumänische Gesandtschaft wird auf dem kürzesten Wege ins Ausland abgeschoben. Der Goldschatz Rumäniens, der in Moskau liegt, wird als unantastbar durch die rumänische Elitäre erklärt. Die Räteregierung übernimmt für die Aufbewahrung dieses Goldes und für die Uebergabe an das rumänische Volk die Verantwortung.

Die neuen Verhandlungen mit uns.

Ganz im Sinne früherer Ausführungen an dieser Stelle sagt der „Berl. Vol.-Anz.“ zu den bevorstehenden neuen Verhandlungen in Brest-Litowsk:

„Die Russen können den Frieden haben, wenn sie ihn ehrlich wollen; wer daran nach den parlamentarischen Verhandlungen der letzten Woche noch den leisesten Zweifel hegen und äußern wollte, der würde den Anspruch verschmerzen, fernerhin ernst genommen zu werden. Wir wissen wir uns aber davon überzeugen, daß in Brest-Litowsk auch jetzt wieder nur hin- und hergeredet werden soll, damit Herr Troßki abermals Zeit gewinnen kann für seine dunklen Zwecke, so muß diesem Spul unbedingt ein Ende gemacht werden. Das nationale wie das internationale Ansehen der Bolschewisten ist ohnedies in der Zwischenzeit nicht gerade besser geworden; wir wollen uns mit ihnen nicht tiefer einlassen, als es die gute Sache, für die wir dort tätig sind, unbedingt erfordert. Sind sie jetzt bereit, zu einer aufrichtigen Verständigung die Hand zu bieten, dann können die Verhandlungen binnen wenigen Tagen in der Hauptsache zum Abschluß kommen. Wollen sie uns dagegen wieder auf Abwege zerren, dann muß auch von unserer Seite einmal kurzer Prozeß gemacht werden. Von einem etwaigen Scheitern der Verhandlungen haben wir jedenfalls nichts zu befürchten.“

Die Macht der Bolschewiki wankt

ganz zweifellos. Durch die struppellose Anwendung zaristischer Zwangsformen haben sie alle rechtsstehenden Elemente, auch die sozialrevolutionären, abgestoßen, und jetzt gefüllt sich dazu noch die Uneinigkeit im eigenen Lager.

Die „Daily News“ melden aus Petersburg, daß in der Partei der Bolschewiki eine Spaltung entstanden ist. Die Minderheit sei der Ansicht, daß das vollständig zerrüttete und isolierte Russland wegen seiner Schwäche einen Sonderfrieden abschließen müsse. Die Mehrheit, mit welcher der linke Flügel der Sozialrevolutionären zusammengeht, sei dagegen bereit, eine revolutionäre Verteidigung zu organisieren. Die Entscheidung hängt von Troßki ab, der sich dabei durch die Erwägung leiten lassen wird, ob der Revo-

lution durch den Frieden oder durch den Kampf gegen den äußeren Feind am besten gebient wird. Darüber wird er sich in diesen Tagen zu äußern haben.

Beseitigung jedes Erbrechtes.

Wie die russische Presskorrespondenz meldet, hat die Sowjetregierung einen Erlass ausgearbeitet, der das gesetzliche und testamentarische Erbfolgerecht aufhebt. Nach dem Todesfall fällt das Vermögen dem neuerrichtenden Staatsfonds für öffentliche Fürsorge zu.

Zweifelndes Erwägen der Gegner

Eine gemeinsame Antwort an Hertling und Czernin?

Wenn die Mittelmächte durch Beratungen zu belegen wären, dann hätten die Außenmächte längst ihr Ziel, die Verschmetterung Deutschlands, erreicht. Auch jetzt, nach der Rede des deutschen Reichskanzlers, geht es im Entente-Lager wieder zu wie in einem Bienenkorb. Man verhandelt mit Hochdruck und Ausdauer. Der italienische Ministerpräsident Orlando verhandelt zurzeit mit Lloyd George und den anderen für die Schifffahrt — Nahrungsmittelzufuhr! — maßgebenden Stellen, und da scheinen ihm nun wieder Versprechungen gemacht worden zu sein; denn die italienische Presse jodelt in großer „Unruhe“. Anders scheint man aber in England die Lage aufzufassen.

Eine offizielle Antwort an Hertling?

Die allerdings liberalen und zum Frieden geneigten Londoner „Daily News“ berichten, daß Lloyd George demnächst nach Ginevren mit den Alliierten sowohl die deutschen wie österreichisch-ungarischen Ausstellungen zu seiner und zu Wilsons Rede beantworten werde.

Er hat die Führer der Gewerkschaften auf den 2. Februar zu einer neuen Besprechung eingeladen.

Ein sozialistischer Vorstoß.

Das führende Blatt der italienischen Sozialisten, der „Avanti“, schreibt:

„Die italienischen Sozialisten sind entschlossen, auch ihrerseits die Friedensreden der Staatsmänner der Mittelmächte zu widerlegen. Sie werden in der Kammer den Antrag auf Einladung aller Kriegsführenden zu Friedensbesprechungen einbringen.“

Was wird in Paris beschlossen werden?

Lloyd George und der italienische Ministerpräsident Orlando haben London verlassen und sich nach Paris begeben.

Der „Massen“-Streik in Berlin

hat keine erhebliche Bedeutung erlangt. Es streikten hauptsächlich junge Burschen und Mädchen. Die Lehrmittel haben keine Unterbrechung erlitten.

Im einzelnen seien folgende Zahlen angeführt: In Weissenhof waren Montag mittags 4000 Arbeiter ausständig, bei Schwarzkopf 4000, bei Borsig in Tegel ein Drittel der Arbeiterschaft, bei Auer die ganze Belegschaft von 8000 Mann, ebenso bei Daimler und bei Goerz, bei der A. G. G. dagegen nur wenige hundert Mann, ebenso bei Ludwig Löwe und bei Bergmann, Elektrizitätswerke. Auf dem Flugplatz Johannisthal streikten etwa 70 Prozent der Arbeiter, während in den Siemenswerken in vollem Umfang gearbeitet wird. Diese Zahlen hatten aber natürlich nur vorübergehende Bedeutung. Im ganzen sind bisher 100 000 Arbeiter in den Ausstand getreten.

Im Ruhrrevier — Null.

Die Arbeiterschaft des Ruhrbezirks bewahrt die Besonnenheit. Die aus dem Bezirk vorliegenden Mitteilungen lassen deutlich erkennen, daß die von einer politisch einflusslosen Berliner Gruppe unternommenen Verhewerungsversuche bei der Arbeiterschaft des Ruhrbezirks die verdiente Abweisung gefunden haben. Der Erfolg der Flugblätter ist gleich Null.

Demonstration für drei Tage.

In Berlin heißt es, daß die Streikenden drei Tage der Arbeit fernbleiben wollen.

Man glaubt im Ruhrgebiet, daß die Besonnenheit aber den Unterhandlungen steht wird, zumal die großen Bergarbeiter-Organisationen entscheidene Gegner der Ausstandsbestrebungen sind. Der Vorsitzende des alten Bergarbeiterverbandes, Reichstagsabgeordneter Sachs, versicherte, seine Verbandsleitung stehe der Bewegung fern und sei über das Vorhandensein des Flugblattes erst durch die Mittel-

lung über seine Verteilung auf einzelnen Bechen unterrichtet worden.

Die Haltung der Scheidemann-Richtung.

Der von den unabhängigen Sozialisten inszenierte Demonstrationsstreik scheint im ganzen Reich mit Ausnahme von Berlin ohne Bedeutung geblieben zu sein. In Berlin hat er jedoch größeren Umfang angenommen und dort hat sich auch der sozialdemokratische Parteivorstand der ursprünglich von den „Unabhängigen“ ausgehenden Bewegung angenommen, und es wird von 400 000 Teilnehmern — laut „Berl. Tgl.“ — und 300 000 — „Deutsche Tagesztg.“ — gesprochen.

Die Leitung des Streiks.

Nach dem „Berl. Tgl.“ scheint die Bewegung in der Provinz an Umfang zu gewinnen, indessen ist die direkte Verbindung mit der Provinz schwierig. Es seien aber bereits aus verschiedenen Städten und Industriegebieten Vertreter der Arbeiterschaft angemeldet.

Am Dienstag fanden in Berlin Verhandlungen zwischen Mitgliedern des sozialdemokratischen Parteivorstandes und den Parteiführern der Streikenden statt; mit Vertretern der Regierung ist noch nicht Fühlung genommen worden.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, die bisher an den Verhandlungen nicht teilgenommen hat, hielt eine Ausschussung ab, in der die Neutralität der Gewerkschaften beschlossen wurde. Nach Ansicht der Generalkommission stellt sich die Streikbewegung als eine rein politische Angelegenheit dar.

Keine Verhandlungen mit nichtparlamentarischen Streikführern.

Der Staatssekretär des Innern wurde Dienstag von Vertretern der beiden sozialdemokratischen Fraktionen um eine Unterredung ersucht, an der auch Abgeordnete der streikenden Arbeiter teilnehmen sollten. Der Staatssekretär erklärte, daß er bereit sei, die sozialdemokratischen Abgeordneten zu empfangen, mit den nicht der Volksvertretung angehörenden Arbeitern könne er indessen über Fragen allgemein politischer Inhalts nicht verhandeln, da Besprechungen dieser Art vor das Forum des Reichstags gehörten. Die geplante Unterredung ist daraufhin unterblieben.

Der Streik.

Die offiziöse „Nordd. Allg. Bzt.“ schreibt mit offiziellem Anspruchs:

„In Berlin und an einzelnen Stellen im Reich haben Arbeiter den jetzigen Augenblick zu dem Versuch benützt, durch Niederlegen der Arbeit auf die Regierung einen politischen Druck auszuüben. Ein von den Streikenden in Berlin gebildeter Ausschuss hat Forderungen aufgestellt, die sich unter anderem auch mit innerpolitischen Fragen befassen. Soweit sich darin ein Zweifel an der Entschlossenheit der Regierung ausdrückt, die von ihr zugesagten Reformen im Innern durchzuführen, gehen sie von einer völlig falschen Voraussetzung aus.“

Was die gleichfalls in den Forderungen berührten Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk betrifft, so sind sich die streikenden Arbeiter vermutlich nicht darüber klar, daß ihr Verhalten zu dem Gegenteil dessen führen muß, was sie erreichen wollen. Statt die Verhandlungen über den Frieden zu fördern, erschweren und verschleppen sie deren Verlauf, indem sie unseren Feinden in ihren Ansprüchen gegen unsere Unterhändler beistehen.

Die Regierung, die in Brest-Litowsk verhandelt, um zu einem Frieden zu gelangen, der die deutschen Lebensinteressen sichert, dabei aber ein freundnachbarliches Verhältnis zu unseren bisherigen Feinden möglich macht, wird sich durch derartige Kundgebungen von dem als richtig erkannten Wege nicht abbringen lassen. Sie muß vielmehr erwarten, daß die streikenden Arbeiter sich bei ruhiger Ueberlegung baldigt von der Schädlichkeit ihres Verhaltens überzeugen und zu ihrer Arbeit zurückkehren, die für jeden eine heilige Pflicht gegen das Vaterland ist.

Noch stehen wir in schwerem Kampf. Jeder, der in der Heimat seine Arbeit vernachlässigt oder gar niederlegt, verrät sich an unseren Brüdern im Felde, die mit ihrem Blut unter den größten Anstrengungen und Gefahren den Feind abwehren, der es auf die Niederwerfung Deutschlands, auf die Vernichtung seiner wirtschaftlichen Stellung und damit auf die Verarmung des deutschen Volkes, also auch der deutschen Arbeiterschaft, abgesehen hat.

Das Pflichtbewußtsein, mit dem unsere Arbeiter sich bisher um das Volkswohl verdient gemacht haben, und das sie in ihrer erdrückenden Mehrheit auch heute nach dem Vaterlande beweisen, wird das Schicksal dazu

beitragen, um die Streikbewegung baldigt zu Ende zu bringen."

"Ganz wie bei uns."

Der Londoner „Daily Telegraph“ läßt sich aus der mittelländischen Industriestadt Mancheston berichten: 100 000 Metallarbeiter haben am 26. Jan. früh um 9 Uhr für einen Tag die Arbeit niedergelegt, um in einer Massendemonstration gegen die ungleiche Verteilung der Lebensmittel zu protestieren.

Beginn der „Entspannung“?

Die Nachwirkung der Kanzlerrede im Auslande.

In Wien sagt man die Lage äußerst optimistisch auf. Dort wird die durch die Ministerreden geschaffene Lage als möglicher Beginn einer internationalen Entspannung angesehen. Das Wort hat jetzt nach der Auffassung in Oesterreich der amerikanische Präsident Wilson, und man glaubt, daß er sich der Aufgabe nicht entziehen wird, deren Lösung ihn, wenn es gelingt, zum ersten Manne der Welt machen würde. Es herrscht gegenwärtig sogar die Anschauung vor, daß er selbst vielleicht geneigt wäre, den allgemeinen Frieden anzustreben, ohne sich auf die Lösung der inneren europäischen Probleme zu versteifen. Nur fürchtet man, daß die englische Regierung, solange Lloyd George an der Spitze ist, den entscheidenden Schritt, der die Welt erlösen könnte, verhindern wird. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die vorläufige Antwort, die dem Präsidenten Wilson auf seine Botschaft gegeben worden ist, lediglich von dem Bestreben der Mittelmächte diktiert worden ist, die Welt, wenn nur irgend möglich, das letzte und vielleicht entscheidende Blutvergießen zu sparen.

Die Auffassung der Feinde.

Die Erörterung in der Presse der feindlichen Länder wird natürlich von einheitlichen Gesichtspunkten geleitet, wobei es Seitenstränge nicht gibt. Der Londoner „Evening Standard“: „Die Antwort des deutschen Reichskanzlers an den Präsidenten Wilson und Lloyd George zeigt, daß Preußen auf demselben Standpunkt steht, auf dem es gestanden hat. Der einzige Frieden, zu dem es bereit ist, ist der preussische Frieden. Oesterreich-Ungarn unterstützt seinen Bundesgenossen für immer. Der Krieg muß augenscheinlich weitergehen, bis sowohl Oesterreich-Ungarn wie Deutschland entweder durch militärische Niederlage oder durch eine Revolution im eigenen Lande entwaflnet sind. Bei keiner der beiden Regierungen besteht eine aufrichtige Friedensabsicht.“ „Evening News“ erklären: „Graf Hertling und Graf Czernin haben gesprochen, aber nicht mit derselben Stimme. Jeder ist gezwungen, seine Worte mit einiger Rücksichtnahme auf den Stand der Volksmeinung im eigenen Lande abzustimmen. Aber obgleich einige Äußerungen Czernins deutlich den deutschen Anschauungen entgegengekehrt sind, so ist er doch freundlich, uns daran zu erinnern, daß er Deutschlands Parteigänger ist und daß er Deutschland weiter unterstützen will. Niemand, der die Rede des Grafen Hertling liest, kann glauben, daß Deutschland geneigt ist, die ausdrücklich festgesetzten Grundsätze für einen Sieg der Alliierten anzunehmen.“

Die französische Presse

Welcht aus. Sie klammert sich an Nebensächlichkeiten. „Matin“, das Straßen- und Sensationsblatt, spricht vom „Krautgeist Hertlings“, weil er Wilsons Esch-Lothringens-Dezernat nicht anerkennen will. Der „Figaro“ redet von Serbien. Nur die sozialistischen Blätter kommen der Sache näher. „Berichte“ sagt: „Hoffen den Mittelmächten und Wilson sei betreffs der Freiheit der Meere, einer Beschränkung der Rüstungen und einer Gesellschaft der Nationen bereits eine Einigung erzielt. In letzterem Punkte stehe nur noch Clemenceau isoliert da. Die Differenzen seien nur noch hinsichtlich Esch-Lothringens und Belgiens vorhanden. Belgien diene als Waffe, um die Entente zu erpressen. Die Esch-Lothringens-Frage könne nur durch die Esch-Lothringens gelöst werden. Es sei unverständlich, warum Czernin das Selbstbestimmungsrecht für Esch-Lothringens verweigere.“

„Humanité“ findet, daß ein großer Schritt zum Frieden getan sei. Oesterreich schließe sich der Gesellschaft der Nationen an und verleugne den brutalen Imperialismus. Hoffen der Rede Czernins, den Großsprechereien Hoffmanns und den Drohungen Hertlings sei ein himmelstreichender Unterschied.

Amerika und die Hertling-Rede.

Der „Matin“ berichtet aus Washington, man betrachtet dort die Rede des Reichskanzlers Hertling als ungeeignet, den Frieden herbeizuführen.

Der „Berliner Bund“ stellt an der Spitze seiner Betrachtung über die Reden Hertlings und Czernins die Feststellung, daß sich die Mittelmächte in allen Fragen Bundesstreue halten. Das bezieht sich, sagt das Berliner Blatt, insbesondere auf territorialen Besitz. Im Ton unterscheiden sich beide Reden: die Rede Czernins ist warm, diejenige Hertlings hört sich kühl an, in einzelnen Punkten sogar streng abweisend. Das versteht man in anbetrachter der verschiedenen Verhältnisse, aus denen heraus die Reden geflossen sind. Das Berliner Blatt würde aber bedauern, wenn nicht weiter über das Programm Wilsons gesprochen würde.

Treue „bis in den Tod“.

Mit der ihm eigenen überhebenden Geste hat kürzlich Lloyd George Frankreichs Sache zu der englischen gemacht und in seiner letzten Rede den Franzosen den Trost zugerufen: „Wir werden Frankreich in der Esch-Lothringens-Frage bis in den Tod folgen.“ Das zweifelhafteste und vielleicht auch zweideutige dieses Ausspruchs ist sofort bemerkt worden, auch in Frankreich. Jetzt greift Henri Fabre im „Journal du Peuple“ das Wort auf und knüpft daran die folgende Bemerkung: „Ich glaube nicht, daß die Esch-Lothringens-Frage selber die Rückkehr um den Preis unseres Todes und den unseres guten englischen Freundes wünschen.“

Herr Lloyd George hat hier wieder einmal den Mund sehr voll genommen. Wenn ihn die Fran-

zosen an sein Versprechen erinnern, wurde er zögerlich in die peinliche Verlegenheit kommen. Man soll nicht so leicht mit dem Leben spielen, wenn man seiner Sache nicht ganz sicher ist.

Vor Brüssel-Vitowol-Meinaufgabe.

Unser Staatssekretär Kühlmann ist am Sonntag wieder nach Brüssel-Vitowol abgereist. Daß auch Trojki die Küsterei bereits angeregt hätte, ist bisher noch nicht aus Petersburg gemeldet worden. Gossentlich deutet das nicht auf weitere rasche Verschiebungsvorläufe. Es dürfte angebracht sein, gegen solche entschiedenen Front zu machen.

Keine Verschleppung, auch keine Verheerung.

Man wird auch dafür sorgen müssen, daß das Bestreben der Bolschewiki, während der Verhandlungen Material zu gewinnen für ihre gegen uns gerichtete Hegearbeit, keine weiteren Erfolge mehr zeitigt. Die Versuche, mit allen Mitteln die Revolution in das deutsche Volk zu tragen, können uns nicht gleichgültig lassen. Im übrigen kann es auch nicht Schaden, wenn den Herren Bolschewiki der frasse Widerspruch zwischen ihren Theorien und ihrer eigenen Gewalttätigkeit etwas deutlicher zu Gemüte gelährt wird.

Verzweifelte Maßnahmen der Bolschewiki.

Die in Rußland herrschenden Maximalisten bedienen sich zur Aufrechterhaltung ihrer Macht genau derselben Mittel, die die von ihnen bekämpfte Autokratie be liebte. Nach allerdings wohl übertriebenen französischen Meldungen können sieben nichtmaximalistische Zeitungen in Petersburg, vier mit Unterbrechungen unter großen Schwierigkeiten erscheinen. Wenn die Nummern nicht schon in der Druckerei beschlagnahmt werden, sind die Verleger Gegenstand von Verhaftungen und Tötlichkeiten durch die Rote Garde, welche die Zeitungen beschlagnahmt und darauf verbrennt. Die Nummern werden den Passanten auf der Straße entziffen.

* Brüssel-Vitowol. 29. Jan. Im Laufe des gestrigen Tages sind in Brüssel-Vitowol eingetroffen am Nachmittage: Der österreichisch-ungarische Minister des Äußern Czernin mit den übrigen Mitgliedern der österreichisch-ungarischen Delegation, abends: Staatssekretär v. Kühlmann, der bayerische Staatsminister und ehemalige Ministerpräsident Graf Podewils mit Begleitung, ferner Großwesir Talaat-Pascha, der Minister des Äußern Nessim-Bey, der Votschafter Hattis-Pascha mit einigen anderen türkischen Herren endlich Teile der bulgarischen Delegation mit Oberst Gantschew an der Spitze. Heute vormittag gegen 1/12 ist auch Volkskommissar Trojki in Brüssel-Vitowol angelangt. Die auf russisches Eruchen auf heute anberaumte Sitzung der politischen Kommission ist auf morgen vertagt worden.

Der Krieg zur See.

* Berlin, 29. Jan. (Amtlich.) Neue U-Bootsertolge im mittleren und östlichen Mittelmeer: 8 Dampfer 3 Segler mit rund 30 000 Bruttoregistertonnen. Die Mehrzahl der Dampfer war tief beladen und befand sich, teils in stark gesicherten Geleitzügen, teils einzeln unter Jersörern- und Fischdampferdeckung fahrend, auf dem Wege nach Italien bzw. nach dem Orient. Unter den versenkten Schiffen konnten der englische Dampfer Westwales (4331 Tonnen) mit Kohlen nach Port Saidner ein großer Landdampfer und ein Dampfer von 4 000 Tonnen, der nach der heftigen Explosion zu urteilen Munition geladen hatte, festgelegt werden. An den Erfolgen war im besonderen der k. u. k. Linienflottenkommandant Huberzel beteiligt.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Schon 55% der italienischen Handelsflotte versenkt. Nach dem „Popolo Romano“ erwähnte der Schatzminister Ritti in einer Rede in der Associazione Commerciale Industriale Agricola Romano, daß im Verlauf des Krieges 55% der italienischen Handelsflotte versenkt worden sind.

Versenkung eines spanischen Dampfers.

Nach einer Pariser Havasmeldung berichten die Blätter aus Madrid: Die Versenkung des spanischen Dampfers „Viktor de Chabari“ wird bestätigt. Es sollen drei Matrosen dabei ums Leben gekommen sein.

Die „Goeben“ wieder frei.

Der türkische Panzerkreuzer „Sultan Zabus Selim“ (früher „Goeben“), der aus dem Rückmarsch von dem Vorstoß nach der Insel Imbros an der Enge bei Ragara festgehalten war, ist in die Dardanellen eingelaufen.

Welche Bedeutung die Engländer dem Kampfwert der „Goeben“ beimessen, beweist, daß der englische Pressedienst seit einer Woche mit dem Schiff beschäftigt und andauernd Meldungen von weiteren Angriffen und angeblichen Beschädigungen verbreitet, um falsche Hoffnungen auf Beseitigung der „Goeben“ für die weitere Kriegsführung zu erwecken.

Der türkische Panzerkreuzer „Sultan Zabus Selim“ ist in Konstantinopel eingelaufen. Das Schiff ist völlig verwundet. Auch die zahlreichen feindlichen Anlegungsgriffe haben dem Schiff lediglich durch zwei kleine Bombentreffer unwesentliche Beschädigungen am Schornstein und an der Keelsonen verursacht.

Neutrale Rechte gibt's nicht mehr.

Der Pariser „Matin“ meldet aus Marseille: Die französische Regierung beschlagnahmt vom 1. Februar ab alle im Hafen von Marseille liegenden Schiffe. Die Ueberseesdampfer sowie die Post- und Frachtdampfer haben keine festgesetzten Linien mehr, sondern werden je nach Bedarf verwendet. Die Gesellschaft Chargeurs Reunis wird ihre Schiffe für den Getreide- und Warentransport nach Südamerika verwenden. Der Postdienst wird verändert und herabgesetzt.

Französische „Auslösung“ für die Marine.

Nach einer Verfügung des französischen Marineministers haben sämtliche beurlaubten jüngeren Jahrgänge der französischen Marine bis zum Jahrgang 1913 sich spätestens bis zum 15. Februar in ihren Garnisonen zu stellen.

Ein Riesendampfer torpediert.

Neuster meldet: Der Cunarddampfer „Andania“ (13 405 Tonnen) mit 40 Passagieren und 200 Mannschaften wurde auf der Ausreise an der Küste der Inseln torpediert. Alle konnten sich in die Boote retten und wurden nach einer Stunde aufgegriffen. Man hofft, den Dampfer in den Hafen bringen zu können.

Ein Nachtrag

zur Seeschlacht vor dem Stagerat.

Eine bemerkenswerte Berichtigung der englischen amtlichen Darstellung der Seeschlacht vor dem Stagerat, die allmählich von dem ersten Eingeständnis der Niederlage zu einem großen Sieg der englischen Flotte umgelogen wurde, bringt „Daily Telegraph“ vom 27. Dezember in einem den Verdiensten des abgesetzten Admirals Jellicoe gewidmeten Leitartikel. — In ihm wird, entgegen der endgültigen englischen Darstellung, die feststellte, daß die englische Flotte das Schlachtfeld behauptete, unumwunden die Richtigkeit der deutschen Berichte, die den Abbruch der Schlacht seitens der englischen Flotte meldete, zugegeben. Es heißt über die Beweggründe, die den englischen Flottenführer zum Abbruch der Schlacht veranlaßten, hierin wörtlich:

„Der Feind warf eine ungeheure Streitmacht von Zerstörern und Unterseebooten in die Schlacht, er war vom Wetter und vom Gefechtsfeld begünstigt, das auf der Höhe seiner durch Minen gesicherten Häfen lag.“ Der Verfasser gibt damit, worauf es ja ankommt, offen zu, daß Admiral Jellicoe die Schlacht „abgebrochen“ habe und stellt gleichzeitig der deutschen Führung durch das Eingeständnis ein glänzendes Zeugnis aus, daß es ihr gelungen sei, durch den überraschenden Einsatz von Zerstörern und Unterseebooten im rechten Augenblick der Seeschlacht die Wendung zum entscheidenden deutschen Siege zu geben.

Daß die Deutschen vom Wetter und vom Gefechtsfeld, das auf der Höhe der durch Minen gesicherten deutschen Häfen lag, besonders begünstigt gewesen seien, entspricht nun allerdings nicht den Tatsachen. Ein Blick auf die Karte beweist, daß das Schlachtfeld von den deutschen Häfen kaum weniger weit entfernt gewesen ist, als von den englischen.

Es ist auch schwer verständlich, daß eine solche falsche Darstellung immer wieder bei dem seefahrenden englischen Volke Eingang finden kann, obwohl der Ort der Schlacht einwandfrei feststeht. Doch wird man vom rein menschlichen Standpunkte aus dem Verfasser die kleine Beschönigung ebenso zugute halten wie die, daß die deutsche Flotte vom Wetter besonders begünstigt war, angesichts des der Wahrheit entsprechenden Eingeständnisses, daß Admiral Jellicoe die Schlacht infolge des rechtzeitigen Einsiehens von deutschen Zerstörern und Unterseebooten abgebrochen genötigt gewesen ist.

Allgemeine Kriegsnachrichten.

Der jüdische Nationalstaat in Palästina.

Wie das „Berliner Tagblatt“ erfährt, wird die englische Regierung dieser Tage den unabhängigen Judenstaat in Palästina mit der Hauptstadt Jerusalem proklamieren. Die heiligen Stätten sollen neutralisiert werden.

Die finnische Regierung von der Roten Garde beseitigt.

Die finnischen Bolschewiki werden von ihren russischen Gefinnungsgenossen gegenüber der neuen finnischen Regierung unterstützt, und die Folge ist einseitig eine grauenhafte Verwirrung mit namenlosem Elend in Finnland. Der finnische Senat ist von den Revolutionären in Helsinki gestürzt worden. Der neuernannte schwedische Gesandte ist nach Tornea (Schwedisch-finnische Grenzstation im Norden) geflüchtet und nach Stockholm unterwegs. Auch der Landeshauptmann Heikel in Wasa ist mit besonderem Auftrage nach Schweden abgereist.

Die zurückbleibenden russischen Truppen begeben Unruhen und Ausschreitungen. Dieses Verhalten stellt eine große Kränkung der finnischen Selbständigkeit dar.

Neue Beizezahlen.

Ein anschauliches Bild unserer militärischen Ueberlegenheit gegenüber dem Massenangebot unserer Feinde gibt eine Gegenüberstellung der kriegerischen Erfolge, welche die Mittelmächte und der Bieverbund im gleichen Zeitraum vom 1. Dezember 1917 an, also seit sieben Wochen, zu verzeichnen haben.

	Mittelmächte	Bieverbund
Gefangene	45 000	5 401
Geschütze	243	11
Maschinengewehre	1 000	204
Minenwerfer	85	8

Die Ziffern auf Seiten des Bieverbundes entstammen den amtlichen feindlichen Berichten.

Schlacht der Polen gegen Russen.

Polnische Legionäre des russischen Heeres besetzten die Station Orscha im Gouvernement Mohilew und entwaflneten die russische Garnison. Ebenso besetzten sie die Stationen nördlich und südlich von Orscha, wo sie die russischen Posten entwaflneten. Das Vorgehen erfolgte, weil die Volkskommissare die Leiter der polnischen Militärvereinigungen verhaftet hatten.

Es handelt sich natürlich um die Polen der auf russischer Seite gebildeten polnischen Legion. Diese standen schon seit einigen Wochen mit den maximalistischen Truppen auf so gespanntem Fuße, daß die Auflösung der national-polnischen Truppenverbände von Petersburg verfügt worden war. Darüber war es schon zu heftigen Schlägereien mit den Polen gekommen, die nun ihrerseits die Offensive ergriffen haben. Mahilew, das westlich von Wlinsk liegt, war längere Zeit russisches Hauptquartier.

Irland verlangt das Selbstbestimmungsrecht.

Der Dubliner Korrespondent des „Daily News“ meldet, daß die Sinnfeiner nach wochenlanger Zurückhaltung einen neuen kräftigen Feldzug vorbereiten. Ihr Leiter, John Mac Neill, schreibt in Dubliner Blättern, daß die letzte Rede Lloyd Georges aufgefaßt werden muß als feierliches Versprechen an die ganze Welt, daß die englische Regierung das Selbstbestimmungsrecht für Irland ebenso anerkennt wie für jedes andere Land.

Locales und Provinzielles.

Die nächste Nummer unserer Zeitung erscheint des Lichtmeßfeiertages wegen bereits morgen Freitag Nachmittag.

***Seisenheim, 31. Jan.** Der Musikier Jakob Simon von hier wurde mit dem Eisernen Kreuz 2. Klasse ausgezeichnet.

***Seisenheim, 32. Jan.** Auch unsere Kleinen wollen sich in den Dienst der Wohltätigkeit für das Vaterland stellen und widmen ihre Kräfte für die Verwundeten des Vereinslazarets Seisenheim. Zu diesem Zwecke wird am 9. (Generalprobe) und 10. Februar eine größere Aufführung Seisenheimer Kinder im Saale der „Germania“ stattfinden. Näheres wird noch bekannt gegeben.

***Seisenheim, 31. Jan.** (Kriegsvortrag des Kaufm. Verein Mittel-Rheingau.) Wir machen nochmals auf den heute Donnerstag Abend 8 Uhr im Hotel Germania in Seisenheim stattfindenden Vortrag des Herrn Vize-Feldwebel Geisler, der Angehöriger des 80. Inf. Regt. ist, aufmerksam. Herr Geisler hat gestern Abend in Wiesbaden unter großem Anhang des Publikums über seine Erlebnisse und Flucht aus französischer Gefangenschaft im Herbst 1917 gesprochen.

[*] **Seisenheim, 31. Jan.** Von verschiedenen Seiten wird darüber geklagt, daß Verbraucher an dem von den Bäckereien erhaltenen Brote Mindergewicht feststellen. So weit uns bekannt ist, muß ein Roggenbrot das Gewicht von 1800 Gramm haben und zwar am Tage nach dem es gebacken worden ist. Mehrere Verbraucher, die seit einiger Zeit die Brote nachwiegen und hierüber Uebersichten führen, in welchem sie das fehlende Gewicht vermerken, wollen ihre Feststellungen noch einige Zeit fortsetzen. (v)

KA. Seisenheim, 31. Jan. Um entstandenen Zweifeln zu begegnen, wird darauf hingewiesen, daß die in den Anordnungen zu den Grundsätzen zu der Ernährungsfürsorge für werdende Mütter, Säuglinge und Kinder (Rheingauer Anzeiger Nr. 79 von 1917, Rheingauer Bürgerfreund Nr. 85 von 1917) unter Ziffer 3 angegebenen Mengen als Zulagen zu betrachten sind. Einem Säugling stehen demgemäß zu — außer den an die Allgemeinheit abzugebenden Lebensmitteln — 50 Gramm Zucker täglich, 200 Gramm Weizenmehl wöchentlich und 500 Gramm Nahrungsmittel den Monat. Anstelle des Weizenmehls kann eine entsprechende Zulage an Zwieback geliefert werden.

KA. Seisenheim, 31. Jan. Zur Behebung des Mangels an Bindergarn ist die Bezugsvereinigung der Deutschen Landwirte in Berlin bereit, altes Tauwerk jeder Art in die gleichen Mengen Bindergarn umzutauschen. Die Kriegswirtschaftsstelle Rüdesheim gibt gern über die näheren Bedingungen Auskunft. Gleichzeitig wird nochmals darauf hingewiesen, daß für das neue Erntejahr nennenswerte Mengen Bindergarn kaum zur Verfügung stehen. Die Notwendigkeit, von dem Angebot weitgehendsten Gebrauch zu machen, liegt demnach auf der Hand. Bei dem immer mehr zunehmenden Mangel an Arbeitskräften, der die möglichste Verwendung von Erntemaschinen notwendig macht, liegt es im eigenen Interesse der Landwirte, jetzt schon für die Beschaffung von Bindematerial Sorge zu tragen und die gebotenen Bezugsmöglichkeiten in vollem Maße auszunutzen.

△ Von den Hühnern wird jetzt eine erhebliche Pestung verlangt. Ihre Zeit ist gekommen. Aber es sind gegen früher nur noch sehr wenige Hühner vorhanden. Das macht der Mangel an Körnerfutter, der dem Hühnerhalter die Lust verleidet. Denn ohne Körnerfutter gibt es eben keine oder nur verschwindend wenige Eier, auch dort, wo die Hühner sich im Freien bewegen können, obgleich das immerhin die Vegetabilität günstig beeinflusst. Während sonst um diese Jahreszeit die Hühner flott ihr Begegenschäft wieder aufnehmen, ist jetzt noch alles still im Hühnerstall. Nur vereinzelt trifft man auf Bauerhöfen, wo manches Korn für die Hühner abfällt, legende Tiere.

△ **Reichsbekleidung nur für die bedürftigste Bevölkerung.** Die Reichsbekleidungsstelle hat die Kommunalverbände nachdrücklich darauf hingewiesen, daß die von ihr gelieferten Bekleidungs- und Wäscheartikel nur den dringenden Bedarf der bedürftigen Bevölkerung decken sollen: Diese Ware darf nur an solche Personen abgegeben werden, die ohne sie in Not geraten würden und nicht in der Lage sind, sie sich auf einem anderen Wege zu beschaffen. Eine Reihe von Gemeindeverbänden ist diesen Bedingungen nicht genügend nachgekommen. Die Beschränkung auf eine bestimmte Einkommensgrenze und die Nachfrage nach der Höhe des Einkommens auf Grund des Steuerzettels ist ungenügend. Die Bedürftigkeit ist unter allen Umständen genau nachzuprüfen, nötigenfalls durch Ermittlungen geeigneter Hilfskräfte in den Wohnungen und Arbeitsstellen.

* **Diez, 30. Jan.** Der Landrat des Unterlahnkreises Herr Geheimer Regierungsrat Duderstadt ist in seinem Amtssitze Diez im 56. Lebensjahre verstorben.

× **Von der Rahe, 29. Jan.** Mehrere der bei dem Eisenbahnunglück bei Rinn abgestürzten Wagen konnten inzwischen fortgeschafft werden. Indessen hat sich die Vermutung, daß außer den mehrfach erwähnten zwei Personenwagen noch ein weiterer in die Fluten abgestürzt sei, bestätigt. Tauscher, die seit einigen Tagen an der Unglücksstelle tätig sind, fanden in 4 Meter Tiefe die Ueberreste. In den zertrümmerten Teilen eingeklemmt wurden 3 weitere Leichen vorgefunden; davon war eine verstümmelt und völlig unkenntlich, während die beiden anderen als diejenigen eines Offiziers und eines Musikiers festzustellen waren. Das Dach des zertrümmerten Wagens wurde bei Martinsstein (Gänselmühle) vorgefunden. Zur Ergänzung der Aufräumarbeiten ist eine weitere Anzahl Pioniere mit Pontons eingetroffen.

* **Mainz, 29. Jan.** (Eisenbahnunglück.) Im Bahnhof Uhlborn, Gemarkung Heidesheim, fuhr am Montag Morgen kurz vor 7 Uhr ein aus Mainz kommender Personenzug auf einen Rangierzug. Mehrere Personen wurden schwer verletzt. Als Ursache wird falsche Weichenstellung

angegeben. Der Materialschaden ist sehr erheblich. Der Zugverkehr konnte ohne Stockung eingeleistigt weitergeführt werden.

Mitteilung des Rheingauer Weinbau-Vereins.

Am 2. Jan. hatte ich mich an das Kriegswirtschaftsamt in Frankfurt gewendet und unter eingehender Begründung für das Kreisgebiet die Freigabe von 200 Tonnen Feststroh und 50 Tonnen Bindeweiden für die Weinberge erbeten.

Nachträglich wurde mir bekannt, daß für Strohfreigabe der Oberpräsident zuständig sei, worauf ich unterm 20. Januar auch an diesen ein dahingehendes Wesuch richtete.

Von letzterem traf schon am 23. Januar die Antwort ein, daß er das Gesuch mit dem Hinweis auf die besondere Dringlichkeit befürwortet und dem Landesamt für Futtermittel vorgelegt habe, dessen Entscheidung nun erwartet werden müsse.

Nun ist bei mir beim Kriegswirtschaftsamt auf das Gesuch vom 2. Januar die nachfolgende Antwort eingegangen. Auf die Eingabe vom 2. d. Mts. wird erwidert, daß die Freigabe von Stroh zum Anbinden junger Rebtriebe in Anbetracht der außerordentlich geringen Strohbestände nicht angängig erscheint. Es darf darauf verwiesen werden, daß in Rheinbessen im letzten Jahr zu angegebenen Zweck und zwar mit besten Erfolg Blumenstrauch und Papierfodel mit Drahteinlage benutzt worden sind. Letztere ist zwar in ausreichender Menge heute schwer zu erlangen, dagegen dürfte der Bezug von Blumenstrauch in Stärke von 0,4 Millimeter auf keine Schwierigkeiten stoßen.

Die Verwendung des dünnen Drahtes wird von Sachverständigen als Bindemittel sogar empfohlen. Gegenüber dem dickeren Draht hat er den Vorteil, daß man mit dem Material weiter reicht, daß er handlicher bei der Arbeit und daß er bis kurz nach der Traubenlese unter dem Einfluß der Witterung so brüchig geworden ist, daß das Austrennen der Bänder als besondere Vorarbeit beim Rebschnitt nicht mehr erforderlich ist. Die vielfach gehegte Befürchtung, daß Drahtreste später ins Futter gelangen, hat sich als unbegründet erwiesen. Selbst wenn Drahtreste sich im Futter vorfinden, so wäre die Gefahr bei der geringen Drahtstärke und dem mürben Zustande, in den der Draht nach einigen Monaten gelangt verhältnismäßig unbedeutend. Berücksichtigt man ferner, daß die früher angewandten Weidenbänder dem Heu- und Sauerwurm einen beliebigen Schlupfwinkel bieten, so verdient das Drahtband schon aus diesem Grunde den Vorzug.

Zum Anbinden der grünen Teile wurde bereits mit bestem Erfolg Papierfodel ohne Drahteinlage verwendet. Angesichts des herrschenden Strohmanuels empfiehlt das Kriegswirtschaftsamt, von den erwähnten Bindevorrichtungen nach Möglichkeit Gebrauch zu machen und von der Verwendung von Stroh abzusehen.

Nach diesem Entscheid habe ich wenig Hoffnung durch Bezug von außerhalb Feststroh zu erhalten und rate, sich rechtzeitig mit Papierfodel mit oder ohne Drahteinlage zu versorgen, die gewiß durch Vermittlung bekannten rheingauer Firmen zu erhalten sein wird.

Für die Beschaffung von Bindeweiden sind auch sehr geringe Auskünfte. Der Kreis hat sich wegen Freigabe der benötigten Mengen an verschiedene Firmen gewandt, die vom Kriegsamt namhaft gemacht sind. Sollten die Bemühungen umsonst sein, was sich in aller Kürze entscheidet, so möchte ich darauf hinweisen, daß mir durch mündliche Mitteilung die Verwendbarkeit feinen Drahtes vollauf bestätigt worden ist und dessen Beschaffung geboten erscheint. Der Bedarf wurde mir mit 6 Kilogramm pro Morgen angegeben, doch ist dies reichlich hoch. Es richtet sich wohl nach der Stärke des Drahtes und ob er in Pfahl- oder Drahterziehung verwendet werden soll.

Ich nehme an, daß die Eisenwarenhandlungen im Rheingau in der Lage und gewillt sind, den benötigten Draht zu beschaffen.

Der Vorsitzende:
Ott.

Neueste Nachrichten.

TU Berlin, 30. Jan. Abends. Amtlich. Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

TU Berlin, 30. Jan. Amtlich. Unseren U-Booten fielen im mittleren und östlichen Mittelmeer kürzlich 19000 Bruttoregistertonnen Handelschiffsraum zum Opfer. Im besonderen wurden dadurch der Transportverkehr nach Italien betroffen, u. a. wurden 2 große Dampfer aus einem durch zahlreiche Bewacher und U-Bootsjäger gesicherten Geleitzug herausgeschossen.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

TU Berlin, 31. Jan. Die Streiklage vom Mittwoch abend stellt sich nach einer Meldung der „Täglichen Rundschau“ im allgemeinen nicht ungünstig. Wenn man die Zahl der Rüstungsarbeiter im ganzen deutschen Reich auf etwa 7 Millionen schätzt, dann dürfte sich die Zahl der Ausfallenden nach der Anzahl von Dienstag abend auf etwa 450000 beziffern. Das wären etwa 7 v. H. Die eigentlichen Streikgebiete sind zur Zeit, nachdem der Streik in Bayern zusammengebrochen ist, Berlin und der sogenannte Bezirk Altona, in dem die Rüstungsbetriebe von Hamburg und Kiel einbezogen sind. In den übrigen Rüstungsbetrieben im Rheinland, in Schlesien, im Saargebiet, der Provinz Sachsen und dem Königreich Sachsen herrscht im großen und ganzen Ruhe. Mithin kann man die Lage dahin kennzeichnen, daß die Streikgefahr keineswegs den Boden gefunden haben, den die Streiklustigen und die Sozialdemokraten erhofft hatten. Man darf annehmen, daß der Höhepunkt des Streikes etwa am heutigen Donnerstag oder am Freitag eintreten und daß dann der Streik in sich zusammenfallen wird, zumal eine einheitliche Leitung nicht vorhanden ist und die Regierung wie die maßgebenden militärischen Stellen, wie wir versichern können, nach wie vor fest entschlossen sind, den Streikenden in keiner Weise nachzugeben.

TU Berlin, 31. Jan. Von einem führenden Reichstagsabgeordneten wird dem „Berliner Tagblatt“ mitgeteilt: Die Streikbewegung und die Tatsache, daß sich der sozialdemokratische Parteivorstand fälschlich daran beteiligt, hat auf die beiden anderen Mehrheitsparteien keinen geringen

Eindruck gemacht. Sollte der Streik noch eine weitere Ausdehnung nehmen und unser Wirtschaftsleben schwer bedrohen, dann wäre ein Zusammengehen der Regierung sowie der Zentrum- und Fortschrittlichen-Partei mit der alten sozialdemokratischen Partei unmöglich. Schon in den nächsten Tagen dürften dahingehende Parteikundgebungen erlassen werden. Das würde eine neue politische Konstellation ergeben, die auch das Kabinett Herling in seinem Bestande berühren könnte. Die Regierung sei jedenfalls fest entschlossen, der Scheidemannschen Streikpolitik entschieden entgegenzuarbeiten.

TU Basel, 31. Jan. Der skandinavische Mitarbeiter des Allgemeinen Pressedienstes meldet folgendes außerordentlich wichtige Telegramm: Die von fremder Seite schon aufgestellte Behauptung, daß Frankreich einen Vertrag mit England auf Pachtung von Calais für 99 Jahre abgeschlossen hat, wird nun definitiv bestätigt. Calais ist von den Engländern auf der Land- wie auf der Seeseite außerordentlich stark befestigt und damit ganz zum englischen Hafen geworden.

TU Genf, 31. Jan. „Echo de Paris“ bringt die bisher unbefätigte Nachricht, die militärischen und politischen Verträge der Entente mit Rußland seien durch einen gemeinsamen Beschluß der alliierten Kabinette am 10. Jan. aufgehoben worden.

TU Genf, 31. Jan. Der „New York Herald“ meldet aus Washington: Im Repräsentantenhaus wurde die Frage der deutschen Kolonien erörtert. Lansing erklärte das Schicksal der deutschen Kolonien werde bei Deutschland selbst liegen. Im übrigen dürfe man mit konkreten Kriegszieleinrichtungen nicht den Friedensverhandlungen vorgreifen wollen.

TU Stockholm, 31. Jan. Trotsky hat sich über die Taktik, die er weiter in Pesti-Pitowsk befolgen will, auf verschiedene Fragen folgendermaßen geäußert: Sein oberster Grundsatz wäre, die Verhandlungen möglichst hinzuziehen. Die russische Delegation würde möglichst viel Propagandareben zum Fenster hinaus an die Adresse der Völker der Kaiserreiche halten. Die Zentralmächte würden dann schließlich doch die Geduld verlieren und auf die Weiterführung der Verhandlungen verzichten. Dann müßten die Vertreter der Zentralmächte, belastet mit dem Odium des Abbruchs der Verhandlungen, nach Hause fahren, sie würden von den Völkern, die inzwischen genügend international bearbeitet werden, übel empfangen werden, und dann hoffentlich bald den Umsturz in ihren eigenen Ländern erleben.

TU Amsterdam, 31. Jan. Reuters Sonderkorrespondent meldet aus London zu dem deutschen Fliegerangriff vom Montag: 17 Personen wurden in einem unterirdischen Versteckplatz in Eostord während des Luftangriffes vom Montag nacht, bevor sie die Zugangstüren geöffnet hatten, getötet. Die Menge bestand aus zwei Jägern, die aus zwei entgegengesetzten Richtungen kamen und die nach der Tür drängten. Die Mehrzahl bestand aus Fremden, welche sehr aufgeregt waren. Als nach einiger Zeit die Polizei sich einen Durchgang erzwang, stellte es sich heraus, daß verschiedene Personen tot getreten worden waren. Bei einer Leiche wurden 350 Pf. Sterling in Gold gefunden. Eine Bombe flog durch ein Haus hindurch in einen solchen Zufluchtsort hinein. Es erfolgte eine furchtbare Explosion, der ein Brand folgte. Innerhalb weniger Minuten stand der Keller in lichterlohigen Flammen. In dem betreffenden Gebäude waren etwa 100 Männer an der Arbeit. Als die Warnung kam erhielten sie den Befehl, sich ebenfalls nach dem Keller zu begeben. Sie vermehrten Anzahl derer, die dort ihre Zuflucht gefunden hatten, um ein beträchtliches. Als sie nun das Versteck erreichten, fiel die Bombe und es erfolgte die Explosion. Viele Betonstücke flogen durch die Luft und versperrten die Ausgänge, welche erst wieder frei gemacht werden mußten, damit man ins Freie gelangen konnte. Zur Hilfeleistung wurde die Feuerwehr alarmiert. Sie war dem Feuer gegenüber machtlos und außerstande, den Brand zu löschen. 4 Mann wurden von einem fallenden Betonstück getroffen und 3 weitere wurden auf der Stelle getötet.

Privattelegramm der „Seisenheimer Zeitung“
WTB Großes Hauptquartier, 31. Jan.
Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Kampftätigkeit blieb auf Artillerie und Minenwerferkämpfe an verschiedenen Stellen der Front beschränkt.

Am Weihnachtsabend uns im Laufe des Januar haben Flieger unserer Gegner trotz unserer Warnung wieder offene Städte weit außerhalb des Operationsgebietes angegriffen. Dank unserer Abwehrmaßnahmen traten nennenswerte Schäden und Verluste nicht ein.

Zur Strafe wurde die Stadt Paris im 1. planmäßigen Luftangriff in der Nacht vom 30. zum 31. Januar mit 14.000 Kg. Bomben belegt.

Italienische Front.

Südwestlich von Asiago schritterte ein italienischer Angriff in unserem Feuer. Zwischen Asiago und der Brenta blieb die Artillerietätigkeit rege.

Die Zahl der von den österreichisch-ungarischen Truppen in den letzten Kämpfen gemachten Gefangenen hat sich auf 15 Offiziere und 660 Mann erhöht.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues
Der 1. Generalquartiermeister Lubendorff.

Fütterungsverbote und Verfütterungsmöglichkeiten.

Die Fütterungsmöglichkeiten für landwirtschaftliche Arbeitskräfte sind durch Vorschriften geregelt, die in einer Reihe von Verordnungen enthalten sind. Es erscheint deshalb zweckmäßig, eine zusammenfassende Darstellung dieser Fütterungsmöglichkeiten und der bestehenden Fütterungsverbote zu geben.

1. Körnerfutter.

Reinen Hafer oder Gerste, der mit Gerste im Gemenge gewachsen ist, darf der Landwirt nur in den von dem Bundesrate festgesetzten Mengen verfüttern. Für die Zeit vom 15. November 1917 bis 15. August 1918 können erhalten: a) Pferde und Maultiere je 6 Zentner; b) zur Zucht verwendete Zuchtsauen mit Genehmigung des Kommunalverbandes je 2 Zentner. Außerdem dürfen an Hafer, an Gemenge aus Hafer und Gerste oder an Gerste mit Genehmigung des Kommunalverbandes für Zuchtsauen bis zu 45 Pfund bei jedem Wurfe und für Eber, die zum Sprunge benutzt werden, je ein halbes Pfund für den Tag zur Fütterung verwendet werden.

Verboden ist die Verfütterung von Roggen, Weizen, Spels (Dinkel, Hefen), Emmer und Einkorn, Erbsen, einschließlich Futtererbsen aller Art (Pelusken), Bohnen (einschließlich Ackerbohnen), Linen, Wicken, Buchweizen und Hirse.

Verboden ist die Verfütterung von Gerste an andere Tiere als an Zuchtsauen und Eber in den für diese zugelassenen Mengen. Sollte von der Vollausmahlung abgegangen werden, so kann der Selbstverfütterer die Miete, welche beim Vermahlen des ihm belassenen Getreides anfällt, im eigenen Betriebe verfüttern.

Weizen (Weizen) darf der Landwirt in seinem eigenen Betriebe oder in den dazu gehörigen gewerblichen Nebetrieben in beliebiger Menge verwenden.

2. Delfrüchte.

Kaps, Rübsen, Fenchel, Raps, Sonnenblumen, Senf, Dörrer, Wohn und Hanf dürfen nicht verfüttert werden. Leinsamen darf der Landwirt bis zu fünf Doppelzentner behalten. Diese dürfen auch verfüttert werden.

Die bei der Verarbeitung von Delfrüchten der Ernte 1917 anfallenden Delfrüchte und Delfrüchelmehle werden den Delfrüchtlieferanten bis zu 35 Prozent, bei Wohn und Dörrer bis zu 50 Prozent des Gewichts der abgelieferten Delfrüchte auf Antrag zurückgegeben. Diese Delfrüchte dürfen in landwirtschaftlichen Betrieben des Delfrüchtlieferanten verfüttert werden.

3. Kartoffeln.

Kartoffeln dürfen weder verfüttert, noch zu Futtergeworden verarbeitet werden. Ausgenommen sind frische Kartoffeln und Kartoffeln bis zur Größe von 1 Zoll. Auch die Verfütterung von Kartoffelschalen, Kartoffelschalenmehl und Erzeugnissen der Kartoffelrodnerie (Kartoffelmehl, Kartoffelschalen) ist verboten. Diese Erzeugnisse sind an die Trockenkartoffel-Verwertungsgesellschaft m. b. H. zu Berlin abzuliefern. Die Verfütterung verdorbener Erzeugnisse ist von der Freigabe durch die genannte Gesellschaft abhängig.

Besitzern von Rodnerien mit Einschluß von Genossenschaften und Gesellschaften, die selbstverarbeitete Kar-

toffeln einschließend Pfandkartoffeln verarbeiten, können vom 1. Februar 1918 ab auf Antrag die nach diesem Zeitpunkt gewonnenen Kartoffelschalen bis zu 20 Hunderten, sonstige Erzeugnisse der Kartoffelrodnerie bis zu 10 Hunderten der bis dahin abgelieferten Mengen zur Verfütterung im eigenen Wirtschaftsbetriebe freigegeben werden.

Kartoffelschlempe und Kartoffelschale dürfen, soweit diese Futtermittel in einer zu einem landwirtschaftlichen Hauptbetriebe gehörenden Brennerlei oder Stärkefabrik anfallen, in dem landwirtschaftlichen Betriebe verfüttert werden.

4. Zuckerrüben.

Die Verfütterung von Zuckerrüben ist verboten. Ausnahmen von dem Verbot können im Einzelfalle die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Behörden zulassen. Jedoch wird eine solche Ausnahme nur für die Verfütterung selbstgeernteter Zuckerrüben in eigenen Betrieben zugelassen.

Die Zuckerrüben dürfen an die Rüben bauenden Landwirte bis zu 85 vom Hundert der anfallenden Rapschmelze in Form von Trockenrüben oder Melassechmelze oder 50 vom Hundert der anfallenden Steffen'schen Bräuschnitzel sowie an Melasse 0,2 Prozent des abgelesenen Rüben gewichts zurückgeliefert. Die Rüben bauenden Landwirte dürfen diese ihnen zurückgelieferten Futtermittel im eigenen landwirtschaftlichen Betriebe verfüttern. Im übrigen dürfen Zuckerrüben und zuckerhaltige Futtermittel nur verfüttert werden, wenn sie zu diesem Zweck von der Bezugsvereinigung der Deutschen Landwirte G. m. b. H. zugeteilt sind.

5. Sonstige Futtermittel.

Die übrigen selbsthergestellten Futtermittel kann der Landwirt in der eigenen Wirtschaft beliebig verfüttern. Dies gilt vor allem für alle Futtererzeugnisse, für Pferdemöhren, für Eicheln und Kastanien, ferner für Heu und Stroh und für das im eigenen Betriebe durch Aufschleichen von Stroh gewonnene Kraftstroh. Nicht verfüttern darf der Landwirt die Mengen Heu und Stroh, die er für Zwecke der Kriegswirtschaft nach Anordnung des Versorgungsverbandes abzuliefern hat. Ueber die Sammlung und Verwertung von Bucheckern können die Landeszentralbehörden Bestimmungen treffen. Verboden ist die Verfütterung von Bichorienwurzel.

Zum Schlusse mag noch hervorgehoben werden, daß die Erlaubnis zur Verfütterung noch keineswegs die Ermächtigung zur Veräußerung enthält. Viel mehr sind alle Futtermittel mit Ausnahme von Grünfütter, Heu, Stroh, Häcksel, Futterrüben, Pferdemöhren an die Bezugsvereinigung der Deutschen Landwirte G. m. b. H. abzuliefern, soweit sie nicht in der eigenen Wirtschaft verfüttert werden. Diese Ablieferungsobligation gilt insbesondere für Melasse, Schnitzel, Mais, Eicheln und Kastanien. Den Verkauf von Heu, Stroh und Häcksel haben die Versorgungsverbände vielfach von ihrer Genehmigung abhängig gemacht.

Aus aller Welt.

Seltene Epikuben. Eine Verkäuferin eines Berliner Warenhauses fand bei Anprobierpuppen, die in einer Ede zusammengepackt, daß eine dieser Puppen, die mit Gardinenstoff verhängt war, lebend

wurde. Nach dem ersten Schreie erkannte sie in der „Puppe“ eine Frau, die ungewöhnlich stark beleidet war. Eine Untersuchung ergab, daß die Frau für etwa 4000 M. Sachen auf dem Leibe trug. Nur die unterste Gewandung gehörte ihr, alles andere hatte sie zusammengestohlen, außerdem noch drei kleine Pakete mit Seidenblusen. Die Polizei erkannte in der lebendig gewordenen Puppe eine schon unzählige Male bestrafte „Arbeiterin“ Emilie Jachmann. Diese hatte sich in der letzten Zeit wiederholt in Warenhäusern anschließen lassen, um nachts zu stehlen. Jetzt war sie schon fünf Tage und fünf Nächte ohne Unterbrechung in den Räumen gewesen. Den Tag über schlief sie in einem Versteck im Teppichlager, nachts kahl sie in den anderen Abteilungen Lebensmittel und Kleidungsstücke aller Art, die sie später zu verkaufen gedachte. Jetzt kam sie als Polizeigefangene ins Krankenhaus.

Amerikanisches Munitions-Unglück. Das amerikanische Schiffsdepartement gibt bekannt, daß bei einer Explosion in der Flotten- und Torpedostation in Newport (Rhode Island) sechs Menschen getötet und einiger Schaden angerichtet worden sei. Ein Bericht, daß die Explosion absichtlich hervorgerufen worden sei, liegt nicht vor.

Die Richtigkeit der Ente beweist folgender Boyfall. Als ein Einwohner in Delmenhorst kürzlich sein beschädigtes Dach ausbessern wollte, fand er ein Eulenest. Im Nest und in dessen Nähe lagen 23 Mäuse, die teils heil, teils bis zur Hälfte verzehrt waren. Als er am folgenden Tage nachsah, waren die 23 Mäuse verpeist. Am anderen Morgen fanden sich im Neste wiederum 9 Mäuse vor. Man ersieht hieraus, eine wie eifrige Mäusevertilgerin die Eule ist und welchen großen Nutzen sie dadurch der Landwirtschaft erwirkt.

Seltener „Miege“-Angriff. Ein dummes Knall mit dem langanhaltenden Hissen ließ die Einwohner der Stadt Hagen aus dem Schlafe aufwachen. Alle glaubten an einen Miegeargriff. Da sich jedoch weiter nichts ereignete, dachte man schließlich an einen Gewitterschlag. Am nächsten Morgen stellte sich heraus, daß ein Windrohr in Hagen infolge Gasansammlungen, die sich plötzlich entzündet hatten, geplatzt war. Durch den Luftdruck waren etwa 100 Fensterscheiben zertrümmert worden.

Antidiversion domänen-fiskalischer Hochmoore. In der Zeit vom 1. November 1916 bis dahin 1917 sind im Regierungsbezirk Schleswig 380,41 Hektar Hochmoor kultiviert worden. Diese Flächen verteilen sich wie folgt: Im Hohenfeer Moor 34,5 Hektar, Christiansholmer Königsmoor 4 Hektar, Himmelmoor 11,6 Hektar, Klein-Offenseth-Modelfeier Moor 18 Hektar, Hohenfelder Königsmoor 8,1 Hektar, Medelmoor 20,7 Hektar, Großes Moor bei Dätgen 12,5 Hektar und Leuthördener Brandflächen 271,01 Hektar. Im Leuthördener Grootmoor sind 34,70 Hektar vordrängert und 300 Meter besandet worden.

Töppelmoor. In Seibed bei Wülshelm (Ruhr) wurde im Hause der beiden Frauen Schmeck die Tante und Nichte ermordet und beraubt. Der Mörder ist entkommen.

Feuerwehr-Übung.

Sonntag, den 3. Febr. 1918 nachm. 1 Uhr findet eine Übung der Freiwilligen und Pflichtfeuerwehr statt. Antreten pünktlich am Spritzenhaus, Hospitalstraße. Die Mannschaften der Pflichtfeuerwehr haben Armbinden und soweit sie solche erhalten, Gurten und Beile anzulegen. Zur Pflichtfeuerwehr zählen alle männlichen Einwohner, der Jahrgänge 1865 bis einschließlich 1892, insofern sie nicht durch die Feuerlösch-Polizeiverordnung von 1906 befreit sind.

Ohne genügende Entschuldigung Fehlende werden bestraft.

Die Polizeiverwaltung:

Kremer, Beigeordneter.

Das Kommando der freiwill. Feuerwehr:

Höfner.

Bekanntmachung.

Von Samstag, den 2. Februar an, kommen in den Kolonialwarenhandlungen

Gries, Grüge u. fertige Suppen

zum Verkauf. Auf die Person entfallen:

75 Gramm Gries zum Preise von 5 Pfg.

120 „ Grüge „ „ 9 „

70 „ fertige Suppen „ „ 12 „

Die Vorlage der Karten zwecks Abrechnung des Bezugsabschnittes Nr. 6 hat am 30. und 31. ds. Mts. zu erfolgen. Spätere Anmeldungen werden der Zuteilung wegen nicht mehr berücksichtigt.

Familien mit durchstrichenen Lebensmittelkarten (Selbstversorger) werden bei dieser Zuteilung nicht berücksichtigt.

Geisenheim, den 29. Jan. 1918.

Der Beigeordnete: Kremer.

DRUCKSACHEN

IN EINFACHER UND FEINER
AUSFÜHRUNG LIEFERT DIE

BUCHDRUCKEREI A. JANDER

Berücksichtigen Sie bitte

bei allen Ihren Einkäufen die in der Geisenheimer Zeitung sich empfehlenden Geschäfte.

Besuchskarten:

Buchdruckerei Jander

Dankjagung.

Für die Beweise herzlichster Teilnahme bei dem Hinscheiden und bei der Beerdigung meines lieben unvergesslichen Vaters

Herrn Georg Altenkirch

sage ich Allen, ganz besonders den Kranz- und Blumenpendern meinen innigsten Dank.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Johann Altenkirch.

Geisenheim, den 31. Januar 1918.

Besten Erfolg

haben Inserate jederzeit in der Geisenheimer Zeitung (17. Jahrg.)
Exp.: Winkler Landstrasse 53b
Fernsprech-Anschluss N° 123 ::

Friedr. Exner, Wiesbaden

Fernsprecher 1924 16 Neugasse 16 Fernsprecher 1924

empfiehlt in reicher Auswahl

Unterhosen, Unterjacken, Hemden, Socken, Strümpfe, Strickwolle,

Westen, Leibbinden, Kniewärmer, Handschuhe, Halsbinden, Hosenträger, Taschentücher.

Orden, Ordensbänder, Ordensdekorationen, Herren-, Damen- und Kinder-Wäsche, Kragen, Manschetten, Kravatten.

Spar- & Leihkasse zu Geisenheim

eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpf.

2 Lindenplatz 2

Giro-Konto bei der Reichsbank und der Landesbankstelle in Wiesbaden und der Dresdner Bank in Frankfurt a. M. und Berlin

Pfandscheitkonto Nr. 492, Frankfurt a. M.

Fernsprecher Nr. 60 Wiesbaden a. M.

Kassenstunden während des Krieges:

Nur an Werktagen: Vormittags 8-1 Uhr.

Empfiehlt sich zur

provisionsfreien Ausführung sämtlicher

in das Banksach einschlagenden Geschäfte

zu den vorteilhaftesten Bedingungen.

Annahme von Sparanlagen von Jedermann.

Vergütung bis zu 4%, je nach Kündigung.

Einzahlungen und Ueberweisungen auf unser Postsparkonto sind gebührenfrei.

Vermietung eigener Schrankkassen (von 24.- an) in unserer feuer- und diebstahlsicheren Panzerschrank unter Selbstverschluß der Mieter. Kostenlose Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren.

Strengste Verschwiegenheit aller Geschäftsvorgänge, auch Behörden gegenüber.

Arbeiter und Arbeiterinnen

nimmt ständig an

Chemische Fabrik,

Winkel.

Prima Flaschenbier

in und außer dem Hause

Hotel zur Linde.

Rathol. Gesellen- u. Jünglings-Verein

Nächsten Sonntag Abend

8 Uhr Versammlung mit

Lichtbildervortrag über

die hl. Schrift aus der

Zeit des Joseph und des

Moses. Der Vorstand.

Gemüse

Blumenkohl, Schwarzwurzel,

Wirsing, Weißkraut, Kraut-

schokohl, Endivien, u. Feld-

salat, Grünes, Merrettig,

Gelberüben, gelbe u. weiße

Erbsen, Erbsen, Eingemachte

Rüben u. p.

Es- u. Kochapfel

Lafel-Senf, Drena-

Ertrakt

Gregor Dillmann